

# Taxpayers Association of Europe (TAE)

Bewältigung der Corona-Krise  
Denkansätze und Anregungen  
Brüssel/München, März 2020

Täglich gibt es neue Meldungen, Updates und Hinweise zur Corona-Krise.

Die Folgen und Einschränkungen dieser Krise sind so gravierend, wie wir es seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Nicht nur, dass das Corona-Virus eine Gefahr für Leib und Leben bedeutet, es zerstört und bedroht zudem viele Existenzen von Menschen und Unternehmen.

Es gilt den Schaden für die Gesellschaft so gering wie möglich zu halten. Klar ist, dass jetzt alles getan werden muss, um die Bevölkerung zu schützen und gleichzeitig den durch die Krise betroffenen Menschen und Unternehmen zu helfen. Jetzt sind die Länder und die EU in der Verantwortung! Denn es ist zu befürchten, dass die Auswirkungen der Krise noch lange spürbar sein werden. Zur Bewältigung sind immense Summen an Steuergeldern erforderlich. Die vorhandenen Mittel reichen dazu bei weitem nicht aus. Folglich müssen die Länder zur Erfüllung dieser Herausforderungen Milliarden neue Schulden aufnehmen und zusätzliche Haftungen übernehmen.

Auch in der Krise gilt es jedoch, einen kühlen Kopf zu behalten und nachhaltige Lösungen zu finden. Die öffentlichen Mittel und Ressourcen müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden.

Ärgerlich ist, dass unter dem Vorwand der Bewältigung der Corona-Krise, manche Politiker versuchen, umfassende Änderungen in der europäischen Finanz- und Steuerpolitik durchzusetzen, die vorher aus gutem Grunde nicht durchsetzbar waren. Der europäische Steuerzahlerbund (TAE) warnt eindringlich vor einer Schulden-Vergemeinschaftung, Corona-Bonds, der Einführung zusätzlicher Steuern, Steuerharmonisierung (Mindeststeuersätze), der Gleichschaltung der sozialen Sicherungssysteme oder vor dem Überbordwerfen jeglicher Hemmungen bei der Verschuldung mancher EU-Mitgliedsländer.

Statt einer Vergemeinschaftung der Schulden das Wort zu reden, sollten die EU-Mitglieder erst einmal in ihren Ländern alle Maßnahmen ergreifen, um die Menschen und die Unternehmen gut durch die Corona-Krise zu bringen.

Wichtig ist es, auch in der Corona-Krise, nicht nur an Finanzhilfen zu denken! Gerade jetzt in der Krise sollten die Steuern und Abgaben gesenkt und die Bürokratie abgebaut werden. Es ist jetzt notwendiger denn je, die Menschen und Unternehmen zu entlasten. Dies setzt Kaufkraft frei und schafft optimale Bedingungen für zukünftiges Wachstum.

Der europäische Steuerzahlerbund will mit diesem Papier Denkansätze und Anregungen liefern, wie man aus Sicht der Steuerzahler agieren könnte, um schnell und nachhaltig zu helfen und die Folgen der Corona-Krise abzumildern.

### Steuerpolitik und Finanzpolitik

- Kein Missbrauch der Krise, um Dinge jetzt durchzudrücken, die vorher aus gutem Grund nicht durchsetzbar waren. Abzulehnen sind weiterhin:
  - Steuerharmonisierung und Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme
  - Euro-Bonds bzw. Corona-Bonds
- Erst müssen alle verfügbaren Möglichkeiten und Mittel ausgeschöpft werden!
  - ESM mit Kreditvergabemöglichkeit und Haftung der Staaten.  
Der ESM hat ein erstklassiges Rating.
  - Europäische Investitionsbank (EIB) mit ihren ProgrammenBeide Institutionen sorgen für Stabilität in Europa.
- Europäische Zentralbank (EZB)
  - diese hat erst jüngst günstige Anleihe-Kaufprogramme aufgesetzt und für gute Refinanzierungsbedingungen in den Mitgliedstaaten gesorgt
- Maastrichtkriterien
  - In Krisenzeiten besteht auch die Möglichkeit die Maastrichtkriterien auszusetzen bzw. diese temporär aufzuweichen
- Nicht das Geld mit der Gießkanne verteilen!  
Die Vergabe von EU-Subventionen sollte sich mehr am Bedarf orientieren
  - Subjekt- statt Objektförderung
- Abgabe einer (Ehren-)Erklärung der Hilfen-Empfänger und Kreditnehmer:  
Erfordernis der Unterstützung ist ausschließlich durch Corona bedingt
- Soweit wie möglich, sollten Hilfen als zinslose Darlehen/Kredite vergeben werden.  
Nur dort, wo dies nicht anders möglich ist, sollten Hilfen als Zuschüsse und Direktzahlungen geleistet werden
- Kreditvergabebedingungen lockern:  
Bislang müssen Banken die beispielsweise einen KfW-Kredit an KMU vergeben, diesen mit 10% Eigenkapital hinterlegen (EU-Vorschrift). Aktuell werden rd. 74% der Kreditanträge von den Banken abgelehnt.
- Aussetzung von EU-Ausschreibungsvorschriften
- Gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung
  - Europa als Standort für Forschung fördern

## Steuerpolitik und Finanzpolitik

- Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer, Sozialabgaben und weitere Abgaben
  - Herabsetzung von Vorauszahlung
  - Stundung
  - Ratenzahlung
  - Fristverlängerung zur Zahlung
  - Fristverlängerung zur Abgabe von Erklärungen
  - Schuldzinsen herabsetzen
  - Schnelle Rückerstattung von Steuern, z.B. Kfz-Steuer für stillgelegte Fahrzeuge
  - Verlustrücktrag verbessern
- Sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlages für alle
- Einkommensteuersenkung und Senkung der Körperschaftsteuer
- Abschreibungsregeln verbessern, Sonderabschreibungen
- Verletzung der Schuldenbremse in Deutschland: Aufnahme bzw. Ausweitung der Verschuldung ist explizit erlaubt.
  - Forderung: Festlegung und Einhaltung eines Tilgungsplanes
- Einrichtung von Unterstützungsfonds
  - Rückzahlung
- Übernahme von Haftungen
- Nutzung und Ausweitung ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Dienstleistungen, z.B. Frisör und Gastronomie
- Ist- statt Soll-Besteuerung bei der Mehrwertsteuer: Die Regelung, dass die Umsatzsteuer von Unternehmen bereits bei der Rechnungstellung zu überweisen ist, führt in Zeiten, in denen mit massiven Zahlungsausfällen zu rechnen ist, zu existenzgefährdenden Belastungen. Erst wenn der Kunde zahlt und die Zahlung tatsächlich eingeht, sollte die Umsatzsteuer abgeführt werden müssen
- Keine Einführung einer Vermögensteuer oder von Sonderbelastungen zur Finanzierung der Corona-Finanzhilfen
- Erstellen eines Schuldentilgungsplanes
- Stromsteuer senken
- Gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung

## Bürokratieabbau

- Ausweiten der digitalen Antragstellung, weg vom Papier hin zu online, d.h. mehr Automatisierung
- Aussetzen der Einführung neuer Ladenkassen (Bonpflicht)
- Toleranz bei Meldungen von Daten
- Abgabefristverlängerung
- Harmonisierung der Fristen bei Steuern und Sozialabgaben
- Aussetzen von Ausschreibungsvorschriften

## Arbeitsrecht und Datenschutz

- Befristete Aussetzung bzw. Lockerung der Arbeitszeitreglungen, z. B. Transport, Logistik, Sonn- und Feiertagsarbeit
- Homeoffice erleichtern

## Rückfragen

Michael JÄGER, Generalsekretär  
Dr. Horst HEITZ, stellv. Generalsekretär  
Walter GRUPP, Direktor Büro Brüssel

### **Büro Brüssel**

Avenue de la Renaissance 1  
B-1000 Brüssel  
+32 2 740 20 38 Phone  
+32 2 740 20 32 Fax  
E-Mail [ino@taxpayers-europe.org](mailto:ino@taxpayers-europe.org)  
Web [www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

### **Büro München**

Nymphenburger Str. 118  
D-80636 München  
+49 89 126008 20 Phone  
+49 89 126008 47 Fax